

## Beschluss

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen  
2 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

3 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm wird  
4 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große Gesetzesvorhaben  
5 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft  
6 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit  
7 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat  
8 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und  
9 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften  
10 befassen wird.

11 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen

12 Im November 2020 findet die übernächste UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow statt, kurz  
13 davor kommen die UN-Mitgliedstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz zusammen. Eben in  
14 dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und Deutschland  
15 müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen die Klimakrise  
16 und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät, dass wir  
17 das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi-Ziele zur  
18 Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf ambitionierte  
19 verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur Erreichung der  
20 Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan Biodiversität.  
21 Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf zögernde  
22 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.

23 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch  
24 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von Deutschlands  
25 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein, dass  
26 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäische Union  
27 lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die  
28 Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen Kraftwerke  
29 mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen Emissionen eine  
30 höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden: die  
31 Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die Maßnahmen sind  
32 sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu  
33 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die  
34 internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs

35 auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden: wir  
36 fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.

37 Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive  
38 Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU-Kommissar Frans Timmermans  
39 beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu  
40 erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine ambitionierte  
41 Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz sollen  
42 klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen klarer  
43 Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den Sektoren  
44 unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich  
45 erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und  
46 Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der  
47 Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein,  
48 dass ein neues europäisches CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser  
49 Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht  
50 werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein! Die  
51 Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€ pro Tonne  
52 CO<sub>2</sub> eintreten.

53 Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des Europäischen  
54 gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket" kommt,  
55 wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die  
56 Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline Nord  
57 Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die  
58 Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren Gelder für  
59 fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine  
60 Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien fördern.  
61 Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren  
62 zusammenwachsen.

63  
64 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen  
65 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es  
66 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam,  
67 rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und wenig  
68 Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber wir  
69 wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere  
70 europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation  
71 brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim Ausstieg  
72 unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss auskömmlich  
73 finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt werden,  
74 nur zukunftsfeste Investitionen unterstützen und die Beschäftigten im Blick haben.

75  
76 Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als  
77 Querschnittsthema im nächsten EU-Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die  
78 deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir brauchen  
79 ein Divestment-Programm und ein Climate Mainstreaming für den EU-Haushalt. Nachdem mit der  
80 Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen  
81 Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen Wasserstoffstrategie  
82 Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

83  
84 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für  
85 Bäuer\*innen, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so

86 dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als  
87 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-  
88 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise  
89 anzuheizen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine  
90 Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen  
91 qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert  
92 werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende  
93 Landwirtschaft.

94  
95 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in  
96 der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen  
97 Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere  
98 Landwirtschaft voranzubringen.

99 EU Haushalt stärken

100 Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der  
101 Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen  
102 Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des  
103 Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele  
104 leisten sollen. Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen  
105 Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir GRÜNE fordern 50%. Für die EU-  
106 Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit  
107 die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt.  
108 Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im  
109 Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene  
110 dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt  
111 der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir  
112 keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer  
113 Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen  
114 Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1.000 Milliarden Euro für den  
116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das  
117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am  
118 Bruttonationaleinkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den Ausgaben  
119 aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade  
120 wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt gegenfinanzieren  
121 könnten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in  
122 Klima, Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1%-Ziel bei den Verhandlungen  
123 zum mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer  
124 Hardlinerposition der Europäischen Union. Wer den EU-Haushalt zusammenkürzen will, wird die  
125 Klimakrise nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent. Wir  
126 GRÜNE wollen in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU-Haushalt bereitstellen und den EU-  
127 Haushalt durch eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen  
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘

131 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freund\*innen aus Europa die Debatte über  
132 eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an. Deutschland  
133 gehört zu den größten Geldgebern der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für ihre  
134 geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit fossilen

135 Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den Zielen des  
136 Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr ehrgeizige  
137 Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr Eigenkapital,  
138 um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können und eine  
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestor\*innen noch nicht tragen wollen.  
140 Einen schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf  
143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der  
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.  
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die  
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, autoritäre Justizreformen, Korruption, die  
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher Akteure  
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit  
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu  
150 bewahren.

151  
152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der  
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass alle  
154 Bürger\*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen  
155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das würde sie  
156 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu  
157 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie gilt  
158 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die Grundrechtecharta muss  
159 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.

160  
161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in  
162 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in  
163 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und  
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den  
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Ein  
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur die  
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem  
168 betreffenden Mitgliedstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie zielgerichtet  
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere  
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort ankommen, wo es  
171 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den  
172 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher  
173 Ratspräsidentschaft verankert werden.

174 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtstaatlichkeit und Demokratie,  
175 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland hat die  
176 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein wirksamer  
177 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und echte  
178 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten  
179 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine  
180 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen  
181 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

182 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und  
183 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"  
184 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und

185 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen  
186 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.  
187 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur\*innen zu schützen, sollte die deutsche  
188 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und  
189 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

190 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen  
191 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen  
192 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:  
193 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden  
194 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

195 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

196  
197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch europäisches Recht.  
198 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.  
199 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal wieder in  
200 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die  
201 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen, solche  
202 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum durchzuführen  
203 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine  
204 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt. Auch  
206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden die  
207 Menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in  
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc-Verteilungsmechanismus zwischen vier EU-  
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss ihre  
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus und auch  
211 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

212 Die EU-Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die  
213 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern  
214 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte  
215 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die  
216 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung mit  
217 verhindert haben.

218 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die  
219 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und  
220 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer  
221 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen  
222 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu  
223 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine  
224 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die  
225 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und  
226 Umweltverbrechen sind.

227  
228 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für  
229 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidiger\*innen von  
230 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeber\*innen, aber auch Bürger\*innendialoge mehr und  
231 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche  
232 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des  
233 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen

234 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die  
235 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen  
236 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas  
237 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame Migrations- und  
238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft  
239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem  
240 Recht durchzusetzen.

241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr - beispielsweise durch  
242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für  
243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von EU-Trust-Funds  
244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte  
245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von  
246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.